

KURZ UND PRÄGNANT

An der Seite der Solarworld-Beschäftigten

Die Solidarität der LINKEN mit den Beschäftigten von Solarworld hat die Fraktions- und Parteivorsitzende Susanne Hennig-Wellsow betont. „Mit ihrer Bereitschaft zu zeitweiligem Lohnverzicht und Kurzarbeit bekennen sie sich klar zum Werk in Arnstadt und verlangen völlig zu Recht, dass auch alle anderen Beteiligten alle Möglichkeiten ausschöpfen, um den Erhalt von Arbeitsplätzen und Werk sicherzustellen.“ Der Freistaat Thüringen, so die LINKE-Politikerin, müsse alles unternehmen, was möglich ist, um ein Abwandern der hochqualifizierten Belegschaft zu verhindern. „Die Beschäftigten haben eine Perspektive mehr als nur verdient – zu viele Thüringer investieren ihre Arbeitskraft schon in westdeutschen Bundesländern. Unsere sächsischen Genossen haben u.a. die Bildung einer staatlichen Auffanggesellschaft für das Werk in Freiberg ins Gespräch gebracht. Ich denke, dass wir auch in Thüringen prüfen müssen, ob eine Auffanggesellschaft oder andere staatliche Instrumente genutzt werden können, um den Zeitraum bis zum Neuantritt eines Investors zu überbrücken.“ ■

Erneut jüdisches Grabmal geschändet

Ein Mitarbeiter des Landeskirchenamtes hat am 18. Juli auf dem Johannisfriedhof in Jena entdeckt, dass das Grab von Gustav Dreyss geschändet worden war. „Es ist erschreckend, wie häufig antisemitische Übergriffe in Thüringen stattfinden. Die Schändung des jüdischen Grabmals reiht sich ein in diverse antisemitisch motivierte Straftaten“, sagte Katharina König-Preuss, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion.

Die Landtagsabgeordnete verwies auf ihre regelmäßigen Anfragen, mit denen antisemitische Vorfälle in Thüringen quartalsweise erfasst werden. „Seit Jahren ist eine Steigerung antisemitischer Vorfälle, Straftaten und entsprechender Meinungsäußerungen verbunden mit einem zunehmenden Unsicherheitsgefühl für Menschen jüdischen Glaubens in Deutschland festzustellen. Dies konstatiert auch der im April veröffentlichte Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus der Bundesregierung. Antisemitismus in jeglicher Ausprägung zurückzudrängen – seien es antisemitische Hassbotschaften im Internet, Holocaustrelativierungen, Übergriffe, Schändungen – und sich klar und eindeutig dagegen zu positionieren, ist dringende Aufgabe aller“, so Katharina König-Preuss. ■

Machtdemonstrationen der Neonazis unterbinden

NACHGEFRAGT bei Katharina König-Preuss, Sprecherin der Fraktion für Antifaschismus

Sie waren im Rahmen einer parlamentarischen Beobachtungsgruppe von Abgeordneten der Koalitionsfraktionen des Landtags am 15. Juli in Thamar vor Ort, wollten einen Blick auf das Agieren der Neonazis werfen und die Bevölkerung und Zivilgesellschaft vor Ort unterstützen. Wie ist Ihre Einschätzung?

Mit 6.000 Neonazis, darunter diverse militante Strukturen wie bspw. das in Deutschland verbotene „Blood & Honour“-Netzwerk, Vertreter der Hammerskins, von HogeSa oder auch der Thüringer Neonazi-Gruppe Turonen war diese Veranstaltung die bisher größte der extrem rechten Szene in den vergangenen Jahren in Deutschland. Für die Neonaziszene bedeutete sie neben der Verbreitung ihrer hasserfüllten Ideologie über Musik und dem Vernetzungscharakter vor allem auch eine große Einnahmequelle bei Eintrittspreisen von 35 Euro pro Karte. Damit werden wiederum extrem rechte Strukturen unterstützt.

An den Gegenprotesten hatten zwar weniger Menschen teilgenommen als angekündigt und erhofft, aber gemessen an der Einwohnerzahl sind in Thamar mehr auf die Straße gegangen als in den letzten Jahren in Jena und anderen Städten.

Es gab zahlreiche Hitler-Grüße und ‚Sieg Heil‘-Rufe beim RechtsRock-Konzert und eine Diskussion, warum die Polizei nicht eingeschritten ist.

Inwieweit weitere Polizeieinheiten hätten angefordert werden müssen,

um die Versammlung angesichts der Straftaten zu beenden, muss auch in Vorbereitung der kommenden Nazi-Konzerte kritisch nachbesprochen werden. Klar ist meines Erachtens, dass mit den eingesetzten Polizeikräften eine Auflösung des RechtsRock-Konzertes mit 6.000 Nazis, davon viele alkoholisiert und gewaltbereit, eine absolute Eskalation bedeutet hätte.



Welche Konsequenzen müssen jetzt gezogen werden?

Es muss alles getan werden, um für die Zukunft solche Machtdemonstrationen von Neonazis zu unterbinden oder zumindest zu beschränken. Ich halte es für dringend notwendig, dass sich insbesondere der Innenausschuss des Thüringer Landtags mit dem RechtsRock-Konzert, den Straftaten und Agieren der Neonazis in Thamar beschäftigt und intensiv auswertet, was geschehen ist. Es gilt, auf Landesebene Konsequenzen zu ziehen, um

derartige Versammlungen weitestgehend zu beschränken. Dringend sollte eine versammlungsrechtliche Nachbewertung erfolgen, denn der Versammlungsleiter selber hat den öffentlichen Charakter durch blickdicht verhangene Bauzäune infrage gestellt und somit die Versammlung einer öffentlichen Kontrolle entzogen. Der Etablierung rechtsfreier Räume durch Neonazis muss klar entgegengetreten werden.

Inwieweit kann eine „Präzisierung des Versammlungsrechts“, wie es Bodo Ramelow vorgeschlagen hat, dienlich sein?

Das bleibt abzuwarten, zumal die Staatskanzlei dazu jetzt ein Gutachten in Auftrag geben will. Rot-Rot-Grün hat im Koalitionsvertrag vereinbart, dass der extremen Rechten mit einem konsequenten repressiven Vorgehen begegnet werden soll und dabei rechtlich zulässige und geeignete Mittel bis hin zu möglichen Verboten rechtsextremer Organisationen ausgeschöpft werden sollen.

Wie das konsequente repressive Vorgehen praktisch erfolgen kann, ob eine Präzisierung so wie Bodo Ramelow es fordert, umgesetzt werden kann und zu entsprechenden Konsequenzen führt, muss in den kommenden Wochen und Monaten entschieden werden. Unbenommen bleibt, dass für das nächste RechtsRock-Konzert, das bereits für den 29. Juli wiederum in Thamar angekündigt ist, alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden müssen, um derartige Zusammenrottungen und Machtdemonstrationen von Neonazis zu unterbinden. ■

Anschlag auf „linksKontakt“-Wahlkreisbüro in Erfurt

In der Nacht zu Freitag, dem 21. Juli, wurde auf das gemeinsame Wahlkreisbüro „linksKontakt“ der Landtagsabgeordneten Karola Stange, André Blechschmidt und Ronald Hande in der Erfurter Innenstadt ein Anschlag verübt. Unbekannte warfen zwei Schaufensterscheiben des Büros mit Pflastersteinen, offenbar von einer in der Nähe befindlichen Baustelle, ein.

Es entstand erheblicher Sachschaden. Die Abgeordneten erstatteten Anzeige. Die Polizei hat die Ermittlungen aufgenommen. „Dies ist ein weiterer feiger Anschlag in einer ganzen Serie von Übergriffen auf Büros von LINKE-Politikern in Deutschland. Hier zeigt sich, wie weit manche Menschen, aufgewiegelt und zum Hass angestachelt, zu gehen bereit sind“, verurteilte Karola Stange die Tat.

Für André Blechschmidt ist der Täterkreis klar einzugrenzen: „Es wurde gezielt der Hinweis darauf zerstört, dass in unserem Büro Menschen unerwünscht sind, die der rechtsextremen

Szene zuzuordnen sind oder bereits durch rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Äußerungen aufgefallen sind. Das zeigt deutlich, welchen politischen Hintergrund die Täter mit hoher Wahrscheinlichkeit haben.“

Steffen Dittes, innenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, erkundigt sich mit Kleinen Anfragen jähr-

lich bei der Landesregierung nach Angriffen auf Abgeordnetenbüros: „In den letzten drei Jahren gab es 114 Angriffe auf Abgeordnetenbüros in Thüringen. Dass in mehr als der Hälfte der Fälle Büros von LINKE-Abgeordneten betroffen waren, ist auch Ausdruck eines vergifteten gesellschaftlichen Klimas durch Hetze vom rechten Rand.“

Die Verlagerung des argumentativen Wettstreites in hasserfüllte Aufrufe und die Bereitschaft, den politischen Gegner auch gewaltsam zu attackieren, stimmen uns sehr besorgt.“ (59 der 114 Büros, die von 2014 bis 2016 in Thüringen attackiert wurden, gehören zur Partei DIE LINKE) ■

